

## 1355 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

# Bericht des Verkehrsausschusses

**über die Anträge 564/A (E) der Abgeordneten Rudolf Anschöber und Genossen betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung Lainzer Tunnel, 562/A (E) der Abgeordneten Rudolf Anschöber und Genossen betreffend Bürgerbeteiligung beim Projekt Lainzer Tunnel und 563/A (E) der Abgeordneten Rudolf Anschöber und Genossen betreffend Finanzierungskonzept Lainzer Tunnel**

Die erwähnten Entschließungsanträge wurden am 16. Juni 1993 im Nationalrat eingebracht.

Der Entschließungsantrag 564/A (E) sieht vor, den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aufzufordern, für das Projekt Lainzer Tunnel eine umfassende UVP nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Überprüfung aller bisher von den Projektanten vorgelegten Umweltverträglichkeitsuntersuchungen durch unabhängige, fachlich zuständige Experten;
2. Erstellung eines öffentlichen, nachvollziehbaren, auf objektiven Kriterien basierenden Variantenvergleichs;
3. Überprüfung von Alternativlösungen mit gleichem Genauigkeitsgrad durch unabhängige Experten;
4. Laufende Einbeziehung und Information der Bürger im UVP-Verfahren.

Der Entschließungsantrag 562/A (E) sieht vor, den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Phasen des Lainzer Tunnels (Planung, Baudurchführung und Betrieb) die betroffenen Bürger kontinuierlich von den zuständigen Institutionen (HL-AG, ÖBB, Behörden) ständig informiert und in die Entscheidungsfindungen miteinbezogen werden. So sollten zB die den verschiedenen Institutionen gleichgestellten Bürger an der Diskus-

sion und Festlegung der Planungsparameter eingebunden werden. Weiters sollten zB Bürgerinitiativen an Expertisen beteiligt werden und auch so wie die anderen Institutionen mit dem Vorschlagsrecht für zu nominierende Experten ausgestattet sein.

Der Entschließungsantrag 563/A (E) sieht vor, den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß eine finanziell seriöse Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Lainzer Tunnel eingeschlagen wird, die ua. folgende Punkte enthält:

1. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die die Zentralisierung der Güterverkehrsströme im Süden Wiens vergleicht mit einer dezentralen Führung im Norden sowie im Süden;
2. Berechnung der möglichen Folgekosten des Lainzer Tunnels (zB erforderliche Tunnelkette bestehend aus Wienerwald-, Lainzer und Laaerberg tunnel);
3. Betriebskosten des Lainzer Tunnels;
4. Etwaige Betriebskosten der durch den Lainzer Tunnel induzierten „Tunnel“;
5. Eine Sonderprüfung der HL-AG durch den Rechnungshof zum Projekt Lainzer Tunnel.

Der Verkehrsausschuß hat diese Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 18. November 1993 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Rudolf Anschöber, Peter Rosenstingl und Susanne Rieß sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Franz Hums und der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima beteiligten, fanden der Antrag 564/A (E), der Antrag 562/A (E) und der Antrag 563/A (E) jeweils keine Mehrheit im Ausschuß.

Der Ausschuß beschloß auf Antrag der Abgeordneten Franz Hums und Mag. Helmut Kuckacka mit Mehrheit, dem Nationalrat einen Entschließungsantrag betreffend Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit und Bürgerbeteiligung

2

## 1355 der Beilagen

beim Projekt Lainzer Tunnel vorzulegen. In diesem Antrag wird ausgeführt:

Eine leistungsfähige Verbindung zwischen West- und Südbahn durch die Errichtung des Lainzer Tunnels ist eine wesentliche Voraussetzung

- für die Rückgewinnung von Kapazitäten für den Nahverkehr auf der bestehenden Verbindungsbahn,
- für die Verkehrslagerung des Güterverkehrs aus den dicht besiedelten städtischen Wohngebieten unter die Erde zur Lärmentlastung und

- für die beschleunigte Führung von Zügen von der Westbahn auf die Südbahn, Ostbahn und Nordbahn.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle

1. diesen Bericht hinsichtlich der Anträge 564/A (E), 562/A (E) und 563/A (E) zur Kenntnis nehmen;
2. die beigedruckte EntschlieÙung **/.** annehmen.

Wien, 1993 11 18

**Robert Sigl**

Berichterstatter

**Franz Hums**

Obmann

1355 der Beilagen

3

/.

## **EntschlieÙung**

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und die mitbefaÙten Regierungsmitglieder werden ersucht, die betreffenden Verwaltungsverfahren beim Projekt Lainzer Tunnel fortzuführen, wobei der Schutz der Umwelt sowie die laufende Information und Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindung im Rahmen des jeweils geltenden Gesetzes soweit als möglich berücksichtigt werden sollen.